

Zentrale Ergebnisse

- Deutschland ist eines der wenigen OECD-Länder, das keine obligatorische Rentenversicherung für alle Selbständigen hat. Einige Gruppen von Selbständigen sind in berufsständischen Systemen versichert, allerdings ist die Alterssicherung für Selbständige insgesamt lückenhaft. Auch für die wachsende Zahl an Arbeitnehmern, die neue Formen der Arbeit z.B. über Plattformen ausüben, sind aufgrund mangelnder Absicherung und niedriger Beiträge die Rentenaussichten düster.
- Deutsche Frauen sind heute von der OECD-weit größten Geschlechter-Rentenlücke betroffen (46%). Da das geschlechtsspezifische Lohngefälle über dem OECD-Durchschnitt liegt und viele Frauen in Deutschland Teilzeit arbeiten, dürften zukünftige Rentenansprüche von Frauen im Vergleich zu Männern niedrig bleiben.
- Die Netto-Ersatzraten für zukünftige Rentner werden aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors sinken und voraussichtlich unter dem OECD-Durchschnitt liegen. Dies gilt insbesondere für Geringverdiener (Hälfte des Durchschnittsverdienstes), die mit einer 56%-igen Ersatzquote rechnen können, verglichen mit 68% in der OECD (52% vs. 59% bei Durchschnittsverdienern). Ohne Grund- und Mindestrente wird das Armutsrisiko für einkommensschwache Rentner groß sein. Eine kürzlich geschlossene Koalitionsvereinbarung sieht die Einführung einer einkommensgeprüften Mindestrente für Menschen vor, die mindestens 35 Beitragsjahre aufweisen.
- Die schnelle Bevölkerungsalterung könnte die finanzielle Tragfähigkeit des öffentlichen Rentensystems gefährden. Nach derzeitiger Gesetzeslage würden die öffentlichen Rentenausgaben gemäß EU-Prognosen von heute etwa 10 % des BIP auf 12,5 % im Jahr 2060 steigen, obwohl das Rentenniveau aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors um 10 % sinkt.
- Deutschland ist Spitzenreiter beim Anstieg der Beschäftigungsraten älterer Arbeitskräfte (+34 Prozentpunkte in der Altersgruppe 55-64 seit 2000). Die Beschäftigungsrate von 65- bis 69-Jährigen ist nach wie vor sehr gering.

Überblick – Schlechte Rentenaussichten für Menschen mit atypischen Jobs in Deutschland

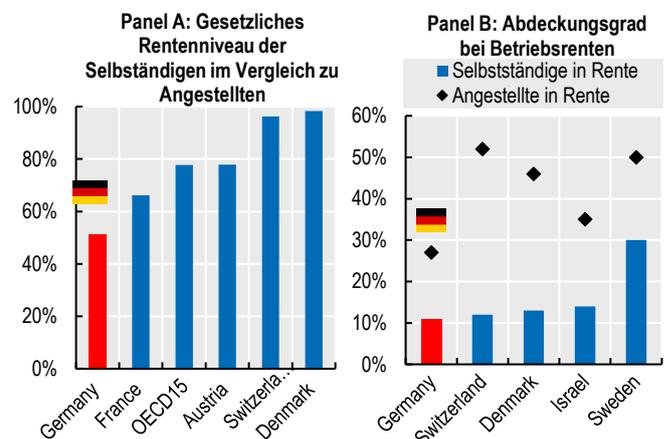
Renten stehen auf der Agenda der deutschen Politik ganz oben. Die seit langem geführte Debatte über niedrige Renten und Risiken der Altersarmut führte kürzlich zu einer Koalitionsvereinbarung, die die Einführung einer beitragsbasierten Mindestrente mit Einkommenstest für Arbeitnehmer mit langer Berufstätigkeit vorsieht. Darüber hinaus werden seit Juli 2019 Angestellte mit sehr niedrigen Löhnen (*Midijobs*, 450-850 EUR pro Monat) bei weiterhin reduziertem Beitragssatz Pensionsansprüche erwerben, als hätten sie volle Beiträge entrichtet. Gleichzeitig wurde die Einkommensgrenze für Midijobs von 850 auf 1300 EUR pro Monat angehoben.

Atypisch Beschäftigte sind in Deutschland nach wie vor besonders dem Risiko unzureichenden Einkommens im Alter ausgesetzt. Viele Selbständige sind im Gegensatz zu den meisten anderen OECD-Ländern nicht verpflichtet, eine Rentenversicherung zu haben und werden im Rentenalter auf anderes Einkommen, Vermögen oder Sozialhilfe angewiesen sein. Im OECD-Durchschnitt wird ein Selbständiger mit Durchschnittslohn hingegen ca. 80% des Brutto-Rentenniveaus eines vergleichbaren Vollzeitangestellten aus gesetzlichen Rentensystemen erreichen. Obwohl es seit 2013 Koalitionsvereinbarungen gibt, die die Rentenabsicherung aller Selbständigen vorsehen, ist die Alterssicherung nur in einigen Berufen obligatorisch. Daher sind sowohl das aktuelle Rentenniveau als auch die Abdeckung mit Betriebsrenten deutlich niedriger als bei Angestellten. Bei Solo-Selbständigen ist die Rentenabdeckung seit Mitte der 2000er Jahre in allen Altersgruppen sogar gesunken. Da neue Formen der Arbeit im Zuge der Digitalisierung immer häufiger werden, dürften viele, z.B. diejenigen, die plattformbasiert arbeiten, düstere Rentenaussichten entgegen sehen.

Auch nach einer vollständigen Karriere als Vollzeitangestellter

erhalten Rentner in Deutschland vergleichsweise niedrige Renten. Die Bevölkerungsalterung, die durch den Nachhaltigkeitsfaktor automatisch zu niedrigeren Renten führt, wird die Lage noch verschärfen. Ein Gesetz aus dem Jahr 2018 legt sowohl eine Obergrenze für den Punktwert fest - so dass eine vollständige Karriere zum Durchschnittslohn eine Ersatzrate (nach Sozialversicherungsbeiträgen und vor Steuern) von mindestens 48% ergibt - als auch eine Obergrenze von 20% für den Beitragssatz bis 2025. Zusätzliche Steuergelder sollen das Rentenbudget ausgleichen. Die stärksten Auswirkungen der Alterung werden sich jedoch erst nach 2025 einstellen. Eine Rentenkommission arbeitet derzeit an Reformationen für die Zeit nach 2025. Das gesetzliche Rentenalter in Deutschland steigt bis 2031 stetig auf 67 Jahre an. Sechs OECD-Länder gingen einen Schritt weiter und haben das Rentenalter an die Lebenserwartung geknüpft, um den politischen Druck wiederholter Anpassungen des Rentenalters an die steigende Lebenserwartung herauszunehmen.

Geringes Rentenniveau und -verbreitung bei Selbständigen



Hinweis: Die Einteilung in Selbständige und Arbeitnehmer basiert darauf, wo der längere Teil des Arbeitslebens verbracht wurde. Quelle: Abbildung 2.6 basierend auf Daten aus Pettinicchi u. Börsch-Supan (2019).

Nach derzeitiger Gesetzeslage kann ein Vollzeit Arbeitnehmer, der 2018 in den Arbeitsmarkt eintritt, mit einer Nettoersatzquote von 52% rechnen, verglichen mit 59% im OECD-Durchschnitt. Niedrigverdiener in Deutschland fallen sogar weiter zurück, mit einer Nettoersatzquote bei halbem Durchschnittseinkommen von 56% gegenüber dem OECD-Durchschnitt von 68%. Ohne Grund- und Mindestrente ist die Umverteilung im Rentensystem begrenzt. Da sich die Lebenserwartung zwischen Hoch- und Geringverdienern um mehrere Jahre unterscheidet, ist das System die gesamte Lebenszeit betrachtend sogar regressiv; reichere Menschen erhalten Rentenleistungen für eine wesentlich längere Rentenlaufzeit.

Eine neue Koalitionsvereinbarung, die die Einführung einer Mindestrente für Menschen mit etwa 35 Jahren an Beiträgen, Mutterschaftsurlaub oder Langzeitpflegeaufgaben in der Familie vorsieht, wird die Rentenaussichten einiger Geringverdiener verbessern. Die Grundrente wird jedoch einem Einkommens- (aber keinem Vermögens-) Test unterzogen und geht nicht das Altersarmutsrisiko von Geringverdienern mit größeren Karriereunterbrechungen an.

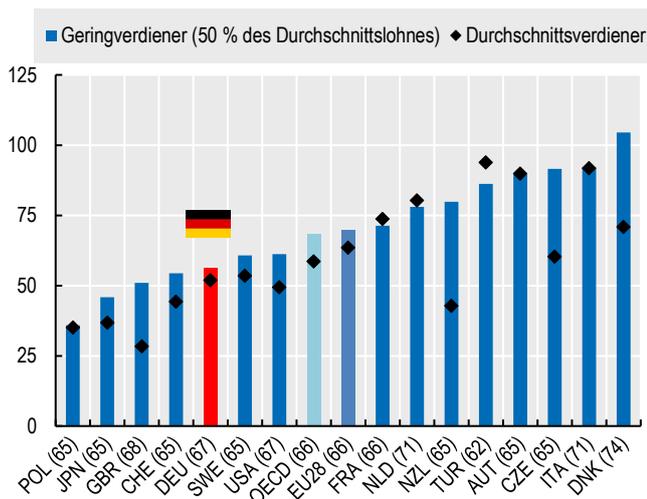
Deutschland ist in der OECD führend bei der Erhöhung der Beschäftigungsrate der 55- bis 64-Jährige, die einen beeindruckenden Anstieg um 34 Prozentpunkte von rund 37% auf 71% seit der Jahrtausendwende verzeichnet. Der Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in die Rente in den kommenden Jahrzehnten wird erwartungsgemäß die Bevölkerung im sogenannten erwerbsfähigen Alter (20-64) bis 2050 um 21%

reduzieren. Eine höhere Arbeitsmarktbeteiligung älterer Bevölkerungsgruppen insbesondere nach dem 65. Lebensjahr, wo die Beschäftigungsraten noch sehr niedrig sind, und mehr Vollzeitbeschäftigung von Frauen würden den zunehmenden Druck auf die Arbeitsmärkte lindern.

Die schnelle Alterung der Bevölkerung wird auch die finanzielle Tragfähigkeit des öffentlichen Rentensystems gefährden. Nach derzeitiger Gesetzeslage würden die öffentlichen Rentenausgaben von heute etwa 10 % des BIP auf 12,5 % im Jahr 2060 steigen, basierend auf EU-Prognosen, obwohl das durchschnittliche Rentenniveau durch den Nachhaltigkeitsfaktor um etwa 10 % sinkt.

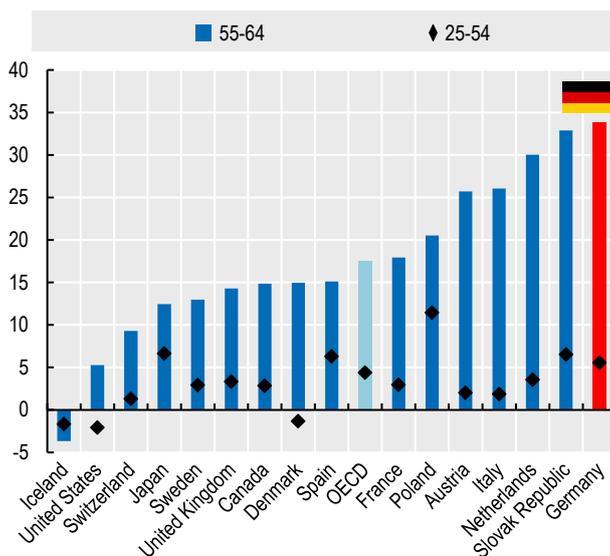
In Zukunft könnten mehr Menschen von Altersarmut bedroht sein, insbesondere diejenigen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien oder atypischen Arbeitsverhältnissen, wie Alleinerziehende, Selbständige und Plattformarbeiter. Besonders hoch ist das Risiko für deutsche Frauen, die derzeit unter der größten Geschlechter-Rentenlücke unter den OECD-Ländern leiden (46%); ein überdurchschnittliches geschlechtsspezifisches Lohngefälle und der hohe Anteil an Teilzeitbeschäftigung führen dazu, dass zukünftige Rentenansprüche von Frauen voraussichtlich weiterhin hinter denen von Männern zurückbleiben werden. Eine weitgehend einheitliche Rentenabsicherung für Arbeitnehmer, Beamte und Selbständige, die in vielen anderen OECD-Ländern existiert, würde dazu beitragen, die Rentenabdeckung für gefährdete Gruppen zu erhöhen und Ungleichheiten in der sozialen Sicherung zu beseitigen.

Niedrige zukünftige Nettoersatzraten in Deutschland
Nur obligatorische Systeme, Vollzeitangestellte, %



Hinweis: Die Zahlen in Klammern geben das normale Rentenalter an, basierend auf einem Arbeitsmarkteintritt im Jahr 2018 mit 22 Jahren und einer durchgängigen Karriere.
Quelle: OECD-Rentenmodelle. Siehe Tabelle 5.5.

Große Steigerung der Beschäftigungsraten bei den Älteren
Zuwachs in 2000-2018 in Prozentpunkten



Quelle: Abbildung 6.8 basierend auf OECD Labour Market Statistics-Datenbank.